

## Eine Ampel-Bilanz aus Sicht der Kommunen

# Erfolge, Leerstellen und Rückschritte

Was ist aus Sicht der Grünen Kommunalpolitik die Bilanz dieser Regierungszeit? Was war ein Schritt nach vorn, wo ging es nicht voran?

> Karo Otte und Konstantin Mallach

Trotz des plötzlichen Endes der Ampel-Regierung haben wir viel Progressives in harter Detailarbeit im Bundestag vorgebracht. Einiges wurde in der AKP bereits beschrieben.

### Schritte in die richtige Richtung

Da ist die Novelle der Gemeinschaftsaufgabe für regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW), die die Daseinsvorsorge vor Ort durch neue Fördermöglichkeiten stärkt.<sup>1</sup> Oder die Wärmeplanung, die als wesentliche Säule der Wärmewende Planungssicherheit für alle schafft und Kommunen dafür das nötige Geld zukommen lässt.<sup>2</sup> Und da ist auch das neue Straßenverkehrsgesetz, das vor Ort mehr Freiheiten bei Tempo 30 und der Planung des Rad- und Fußverkehrs gibt.

Diese Projekte sind auch durch starkes Engagement der kommunalen Interessengruppen entstanden. So gab es beim Wärmeplanungsgesetz ausführliche Anhörungen und bei der GRW-Novelle einen umfangreichen Konsultationsprozess. Ebenso haben sich über tausend Städte, Kreise und Gemeinden in einer Initiative zusammengeschlossen und für die neuen Straßenverkehrsregeln eingesetzt.<sup>3</sup>

Besonders wichtig war auch die Arbeit der „Allianz kommunaler Mandatsträger\*innen“, welche sich in dieser Wahlperiode aus den kommunalpolitischen Bundesvereinigungen aller demokratischen Parteien zusammengesetzt hat. Dieses breite Bündnis hat die Schaffung einer „starken Stelle“ vorangetrieben:

Damit haben von Gewalt betroffene oder bedrohte Kommunalpolitiker\*innen nun einen zentralen Anlaufpunkt.<sup>4</sup>

### Bleibende Grüne Strukturen

Diese Art des Miteinanders zwischen kommunalen Mandatsträger\*innen und Bundespolitik haben wir besonders auch auf Grüner Ebene gestärkt. So diente ein in dieser Wahlperiode gegründeter „Vernetzungskreis Kommunales“ insbesondere innerhalb der Bundestagsfraktion als Austauschplattform. Der Kommalkongress im Frühjahr 2024 war mit über 400 Teilnehmer\*innen eine der größten Veranstaltungen der Bundestagsfraktion in dieser Wahlperiode.<sup>5</sup>

Und wir haben die Gründung der „BGKomm“ unterstützt – ein großer Grüner Meilenstein. Diese kommunalpolitische Vereinigung auf Bundesebene ermöglicht engere Absprachen, schnellere Informationsflüsse und eine bessere Vernetzung der kommunalpolitischen Vereinigungen in den einzelnen Bundesländern.<sup>6</sup>

Diese Strukturen können wir auch in den kommenden Wahlperioden nutzen. Sie verbessern unsere Arbeit nachhaltig und werden der Relevanz der Städte, Gemeinden und Landkreise für unsere bündnisgrüne Politik gerecht.

### Schieflage der Kommunalfinanzen ist nicht behoben

Auch wenn viel erreicht werden konnte, gibt es Bereiche, in denen wir als Ampel-Koalition zu wenig aktiv waren. Ungelöst ist insbesondere die Fra-

ge, wie Kommunen aus ihrer finanziellen Schieflage kommen: Der Investitionsrückstand ist mit zirka 186 Milliarden Euro auf Rekordniveau. Jede siebte Kommune kann ihren Haushalt dauerhaft nicht ausgleichen und somit kaum ihre Pflichtaufgaben erfüllen.<sup>7</sup> Mandatsträger\*innen vor Ort beschreiben die Finanzen nicht nur als größtes politisches Problem, sondern geben zunehmend aus Frust hierüber ihre Ämter auf.

Lindner hätte seinen Rotstift gerne noch stärker angesetzt, doch die Grüne Bundestagsfraktion konnte bei einigen Vorhaben Schlimmeres verhindern. Gut, dass wir bei kommunalen Förderprogrammen oder beim Wachstumschancenengesetz Kürzungen abwenden konnten.

Wir als Fraktion haben uns in den letzten Jahren für eine Altschuldenlösung eingesetzt – sind jedoch am ideologisch eingemauerten Bundesfinanzministerium gescheitert. Statt einer gezielten Entlastung für die schwächsten Kommunen gab es Steuergeschenke für Gutverdienende. Damit sind wichtige kommunale Steuereinnahmen weggefallen.

### Wir brauchen große Lösungen

Die Krise der Kommunalfinanzen hat sich schon seit der Großen Koalition abgezeichnet. Dennoch wurde sie vom Bundesfinanzministerium systematisch ignoriert. Das muss sich in Zukunft ändern, denn sonst zerbröseln uns die Infrastruktur unter unseren Fingern. Besonders strukturschwache Kommunen müssen wir in den Blick nehmen. Wir brauchen große Lösungen:



Für unsere Kommunen wird die Ampel Spuren hinterlassen, in verschiedene Richtungen

Foto: Anne Nygard / Unsplash

- Dazu gehören mehr ungebundene Mittel in den Kassen unserer Städte, Gemeinden und Landkreise. Programme zur Förderung der kommunalen Infrastruktur müssen aufgestockt und entbürokratisiert werden.
- Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Integration von Geflüchteten oder das Klimamanagement erfordern in den Rat- und Kreishäusern Personal. Dafür sind die Aufgaben klar zu benennen – und zu finanzieren.
- Der Bund muss sich deutlich stärker an der Finanzierung wichtiger Sozialleistungen beteiligen. Denn die Ausgaben für die Jugendhilfe, die Hilfen zur Pflege oder die Eingliederungshilfe belasten die Kommunen über die Maßen.

Die Zeit drängt. Das Bundesfinanzministerium – egal unter welcher Leitung – muss das Ruder grundlegend herumreißen.

### Mehr Menschlichkeit tut Not

Doch nicht nur im Finanzbereich gab es Leerstellen und Rückschritte für die Kommunen. In den letzten drei Jahren hat sich die Ampelregierung durch Debattendruck von rechts immer weiter treiben lassen. Häufig wurde mit der

Überlastung der Kommunen Stimmung gemacht, anstatt ihnen und den schutzsuchenden Menschen wirklich zu helfen. Ein Feuerwerk an Scheinlösungen versperrt den Zugang zu Bildung und zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung, verhindert Integration und ein selbstbestimmtes Leben. Obendrein wird den Rat- und Kreishäusern, etwa durch Bargeldobergrenzen, zusätzliche Bürokratie aufgehalst. Letztendlich steigen die Kosten für Integration und Gesundheitsversorgung, wenn man sie nicht von Anfang an richtig machen darf.

Mehr Menschlichkeit – das muss ein Thema in der nächsten Legislatur werden. Sie nutzt am Ende allen, kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Und sie steht der strategischen Entmenschlichung gegenüber, die von AfD und anderen für den eigenen Wahlerfolg schamlos und meist mit Falschinformationen vorangetrieben wird.

Aus Sicht der Grünen Kommunalpolitik gibt es nicht nur für die nächste Legislatur einiges zu tun, sondern es gilt Haltung zu bewahren – auch und gerade vor Ort. Denn nur so können wir uns nachhaltig und glaubwürdig für Klimaschutz, Menschenrechte und ein besseres Leben vor Ort einsetzen. All den Menschen, die gerade hiernach auf der

Suche sind, müssen wir als Grüne eine Heimat bieten.

- 
- 1) Kellner, Michael: Gleichwertige Lebensverhältnisse – Das lange Ziel, in: AKP 5/2024, Seite 50 f.
  - 2) Otte, Karo: Wärmeplanungsgesetz – Mehr Zukunftssicherheit für alle, in: AKP 1/2024, Seite 17, PDF auf [www.akp-redaktion.de:www.ogy.de/k36i](http://www.akp-redaktion.de:www.ogy.de/k36i)
  - 3) <https://lebenswerte-staedte.de>
  - 4) Kober, Marcus: Bund schafft Beratungsangebot für bedrohte Kommunalpolitiker\*innen – Eine starke Stelle, in: AKP 2/2024, Seite 29; [www.stark-im-amt.de/starke-stelle/](http://www.stark-im-amt.de/starke-stelle/)
  - 5) Pohl, Wolfgang: Kommunalpolitischer Kongress der Grünen Bundestagsfraktion – Zukunft wird vor Ort gemacht, in: AKP 3/2024, Seite 18 f.
  - 6) Pohl, Wolfgang: Bündnisgrüne Kommunalpolitik in Deutschland: Bundesverband gegründet, in: AKP 1/2024, Seite 16, PDF auf [www.akp-redaktion.de:www.ogy.de/qst6](http://www.akp-redaktion.de:www.ogy.de/qst6)
  - 7) Raffer, Christian/Scheller, Henrik: KfW-Kommunalpanel 2024, Frankfurt 2024, 33 Seiten, PDF auf [www.difu.de/18468](http://www.difu.de/18468)

> MdB Karo Otte ist kommunalpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion. Konstantin Mallach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Karo Otte und unter anderem für öffentliche und kommunale Finanzen zuständig.